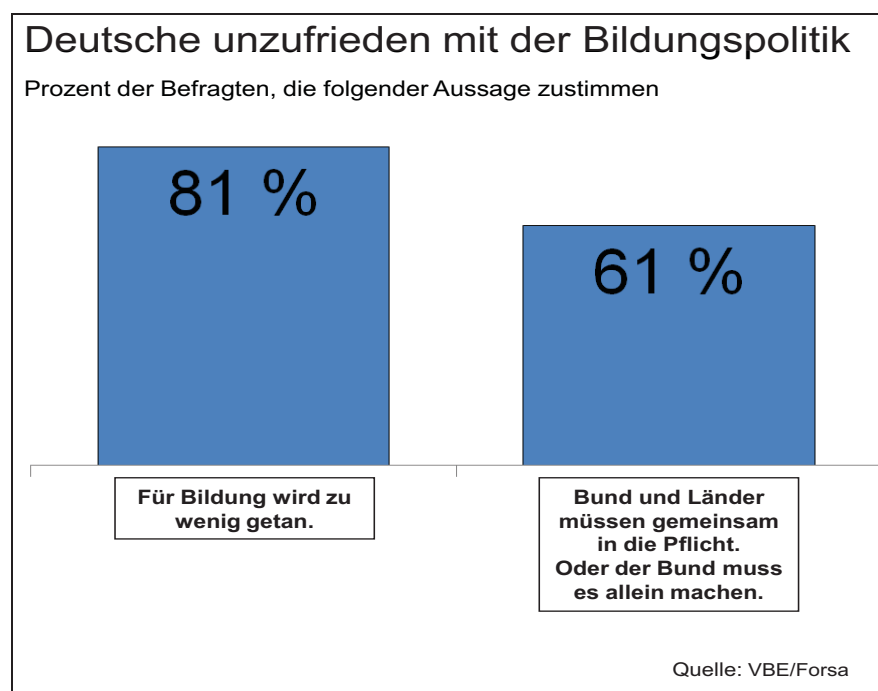


### III. Aktuelles Thema

## Schwarz-Gelbe Bildungspolitik: Privatisierung statt Chancengleichheit

### Schwarz-Gelbe Steuerpläne gefährden Bildungschancen

Die Steuerpläne der Koalition gefährden die Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen. Auch das „abgespeckte“ Senkungsmodell der FDP sieht enorme Mindereinnahmen von rund 9,2 Mrd. Euro im Jahr für Länder und Kommunen vor. Diese werden keine Wahl haben, als an der einzigen großen Kostenschraube zu drehen, über die sie verfügen: den Bildungsausgaben. Würden die Steuerpläne der FDP Realität, wären 240.000 Kita-Plätze und 120.000 Lehrerstellen gefährdet. Während SPD-Länder wie **Rheinland-Pfalz** oder **Berlin** trotz schwieriger Haushaltslage Schritt für Schritt die Gebühren für die frühkindliche Bildung abschaffen, ist sich das CDU-geführte **Hamburg** unter Mitwirkung der Grünen nicht zu schade, die Kitagebühren zu erhöhen, Betreuungsansprüche einzuschränken und auch Hartz-IV-Familien für ein warmes Schulessen abzukassieren, um Haushaltslöcher zu stopfen. Selbst Eltern mit sehr geringen Einkommen und zwei Kindern im Hort zahlen in Hamburg künftig 58 Euro im Monat mehr als bisher.



In **Hessen** hat die schwarz-gelbe Landesregierung angekündigt, 30 Mio. Euro bei den Hochschulen und 45 Mio. Euro bei den Schulen zu kürzen. Ministerpräsident Koch nimmt den Schülerinnen, Schülern und Studierenden das Geld weg, um die Haushaltslöcher zu stopfen, die Union und FDP mit ihrer unverantwortlichen Steuerpolitik aufreißen.

Umfragen bestätigen: Eine überwältigende Mehrheit ist unzufrieden mit der Bildungspolitik in Deutschland. Die Bürgerinnen und Bürger glauben, dass Merkels „Bildungsrepublik“ nichts als eine leere PR-Worthülse der CDU ist. Und das zu Recht, denn die Steuersenkungspläne von Schwarz-Gelb drohen Deutschland bei der Chancengleichheit weit zurückzuwerfen. Die Abbrucharbeiten an Merkels „Bildungsrepublik“ haben längst begonnen.

### **Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung gerät in Gefahr, Gebühren steigen**

Mit ihrer unverantwortlichen Finanzpolitik hat Schwarz-Gelb schon nach kurzer Zeit im Amt die Einführung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung für unter Dreijährige ab 2013 in Gefahr gebracht. Hinzu kommt: Die Nachfrage der Eltern steigt stärker als erwartet. Außerdem fehlen 40.000 Erzieherinnen und Erzieher sowie 25.000 Tagespflegepersonen, um die Ausbauziele zu erreichen. Konsequenz: Die Kommunen schlagen Alarm und warnen davor, den Rechtsanspruch nicht umsetzen zu können.

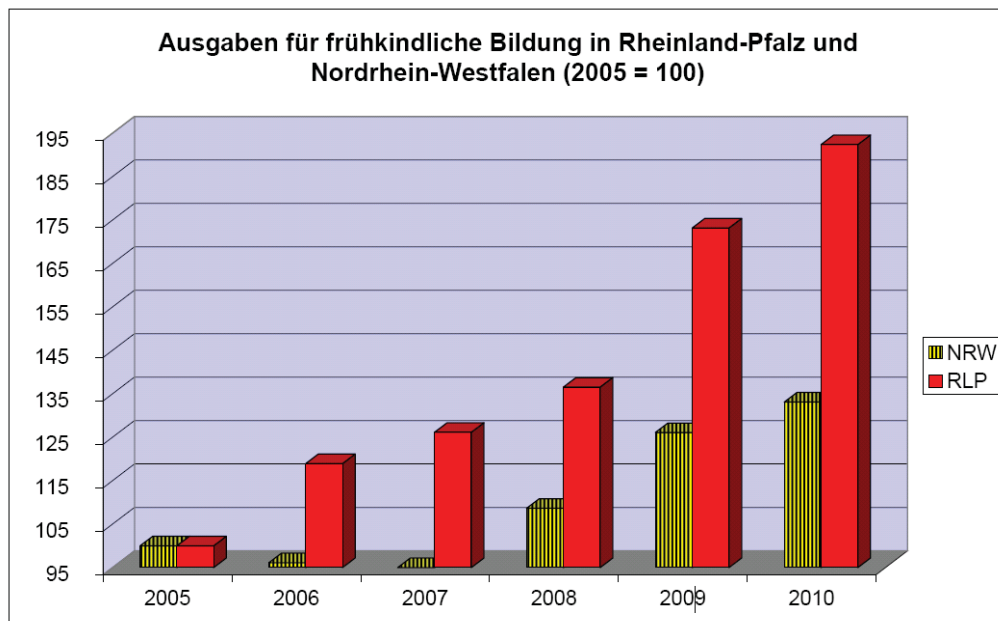
Aber statt dieses Problem zur Chefsache zu machen, wird es von der schwarz-gelben Bundesregierung ignoriert. Statt zu handeln, legen die CDU-Ministerinnen Schröder und Schavan die Hände in den Schoß. Schlimmer noch: Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle, will sich von den Ausbauzielen bis 2013 sogar verabschieden.

Für die SPD steht fest, dass der Rechtsanspruch auf U3-Betreuung nicht zur Disposition stehen darf. Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung gerecht werden und mit Ländern und Kommunen nach Lösungen suchen, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, den Rechtsanspruch einlösen zu können. Die SPD geht noch einen Schritt weiter: Wir wollen den Rechtsanspruch auf *ganztägige* Betreuung erweitern. Zuerst wollen wir Alleinerziehende besser unterstützen und ihnen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bereits ab 2013 geben. Zur

Finanzierung fordern wir, das von der Bundesregierung geplante, unsinnige „Betreuungsgeld“ nicht einzuführen und die von Schwarz-Gelb dafür vorgesehenen Mittel von bis zu 2 Mrd. Euro jährlich in den Ausbau der Kinderbetreuung zu investieren.

### **Schwarz-Gelb im Praxistest: Beim Krippenausbau ist Nordrhein-Westfalen Schlusslicht**

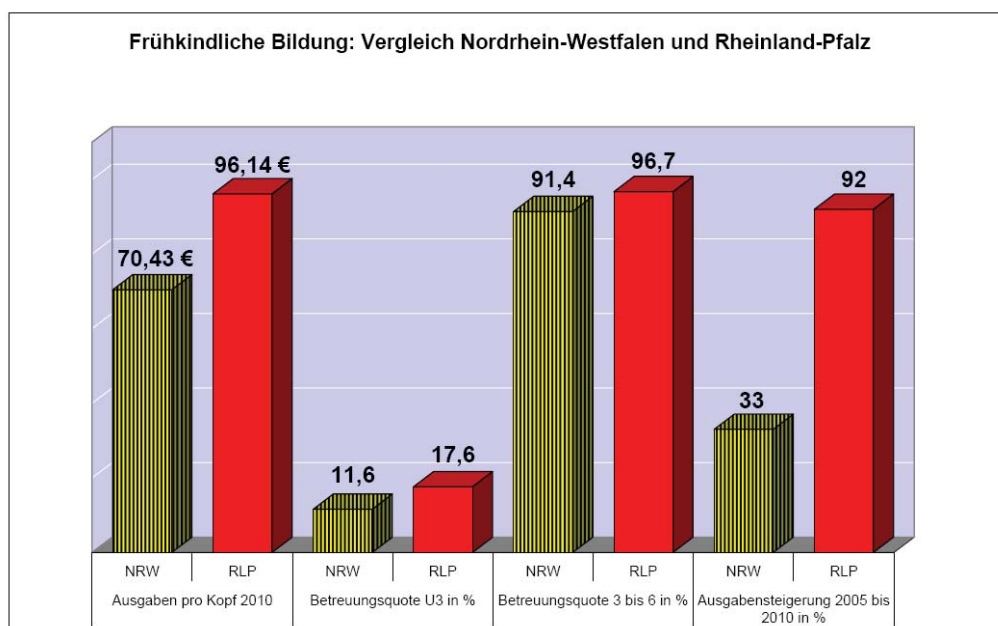
Rüttgers und Co. haben es geschafft, Nordrhein-Westfalen zu einem der Schlusslichter beim Ausbau der Krippenplätze für unter Dreijährige zu machen. Während die durchschnittliche Betreuungsquote in Westdeutschland bei 14,6 % liegt, kommt NRW auf gerade mal 11,6 %. Zum Vergleich: Im SPD-Land Rheinland-Pfalz liegt die Quote bei 17,6 %.



In **Rheinland-Pfalz** wurde der Kindergartenbesuch für Drei- bis Sechsjährige von Beiträgen befreit. Ab 2010 werden auch die Krippenplätze für Zweijährige gebührenfrei. In **Nordrhein-Westfalen** hat die schwarz-gelbe Landesregierung mit dem so genannten „Kinderbildungsgesetz“ und ihrer restriktiven Kürzungspolitik einen Konkurrenzkampf zwischen den Kommunen ausgelöst. Die Folge ist, dass die Eltern in unterschiedlichen Regionen des Landes bei gleichem Einkommen für die

gleiche Leistung extrem unterschiedliche Gebühren von null bis 840 Euro bezahlen – je nach Finanzkraft der Kommune und je nach den politischen Verhältnissen vor Ort. Manche Familien haben Glück, andere haben Pech.

Während in Rheinland-Pfalz die Ausgaben für die frühkindliche Bildung seit 2005 stetig in großen Schritten angestiegen sind und sich am Ende auf eine Steigerung von 92 % summieren, hat Nordrhein-Westfalen die Ausgaben zunächst gesenkt und dann erst ab 2008 nachholend in überschaubaren Schritten erhöht. Die Gesamtsteigerung beträgt hier im gleichen Zeitraum nur 33 %. Während Rheinland-Pfalz pro Einwohner 96 Euro in die frühkindliche Bildung investiert, sind es in Nordrhein-Westfalen gerade mal 70 Euro.



### Geld für private Anbieter statt für Schulen

Bildungsministerin Schavan lässt keine Gelegenheit aus, öffentliche Mittel an den Bildungsinstitutionen vorbei auf private Bildungsmärkte zu leiten. Über die geplanten privaten „lokalen Bildungsbündnisse“ sollen an Ländern, Kommunen und den Schulen vorbei in den nächsten Jahren über 1,6 Mrd. Euro an „Bildungsgutscheinen“ ausgeschüttet werden. Private Träger oder Fördervereine sollen das Geld verwalten und am Ende entscheiden, welche Kinder wann einen Förderbedarf haben und für

welche Bildungsangebote die Gelder verwendet werden. Das ist nicht nur pädagogisch fragwürdig und bildungspolitisch unsinnig. Es leistet auch nicht den geringsten Beitrag für bessere Kitas und Schulen.

Die richtige Lösung liegt auf der Hand, missfällt aber Schavan: Wir müssen die öffentlichen Bildungsinfrastrukturen in den Ländern und Kommunen stärken. Dazu brauchen wir mehr Lehrkräfte, ein flächendeckendes Ganztagsschulangebot und den Ausbau der Schulsozialarbeit statt ständig mit neuen Projekten zu experimentieren, die keine dauerhafte Wirkung für gleiche Chancen und bessere Bildung entfalten können. Wir brauchen starke Kitas und bessere Schulen statt ein hektisches Reparieren im Nachhinein.

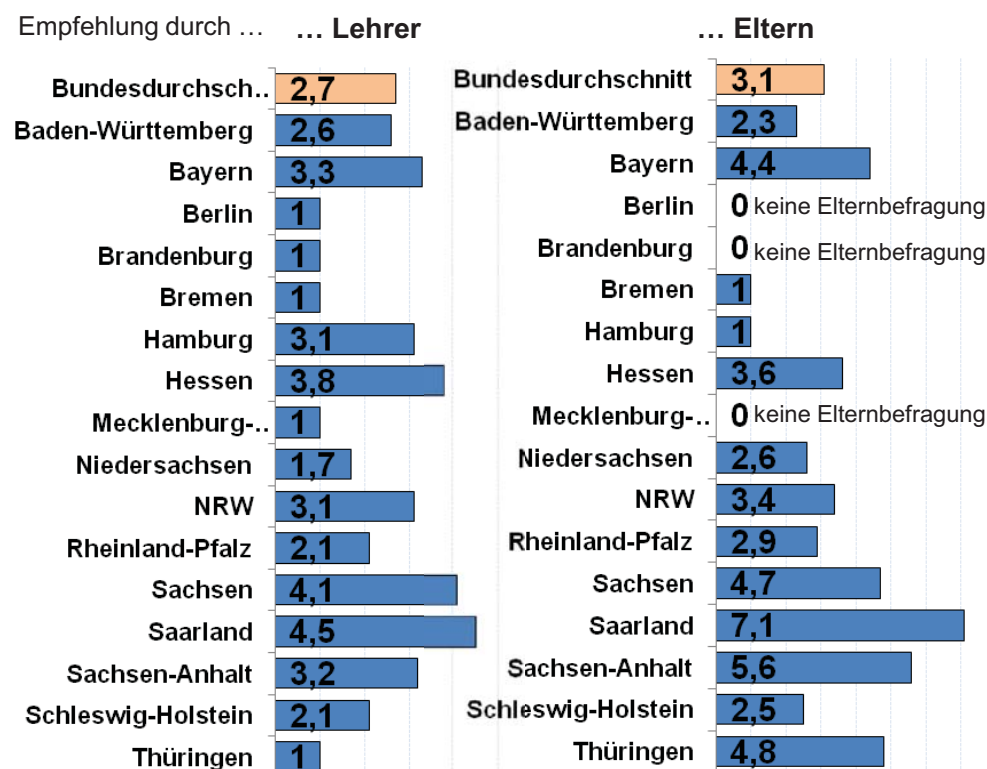


Rund 1,1 Millionen Schüler in Deutschland, das sind 25 Prozent, bekommen Nachhilfe. Das kostet: Zwischen 942 und 1.468 Millionen Euro, je nach Berechnungsmodell, geben die Eltern dafür jährlich aus. Am tiefsten greifen Eltern in

Hamburg und Baden-Württemberg in die Tasche: bis zu 205 bzw. 204 Euro bezahlen sie im Durchschnitt für jedes Schulkind. Die Chancenungleichheit nimmt zu. Denn nur wohlhabende Eltern können Nachhilfe bezahlen. Ärmeren fehlen dazu oftmals die finanziellen Mittel. Alarmierend ist, dass bereits 14,8 % der Viertklässler Nachhilfe in Deutsch erhalten. Hier wird der Druck der frühen Selektion deutlich, denn die Eltern wollen unbedingt eine Gymnasialempfehlung für ihr Kind.

## Chancenungleichheit - Herkunft bestimmt Zukunft

Schüler der vierten Klasse mit gleichen kognitiven Fähigkeiten und Leseleistungen: Um welchen Faktor ist die Chance erhöht, dass Schüler mit höherer sozialer Herkunft eine Gymnasialempfehlung erhalten? (1 = ausgeglichen)



Quelle: Iglu-Folgestudie 2010

## **Bildungsgipfel muss „Infrastrukturgipfel“ werden**

Für Anfang Juni 2010 hat die Bundeskanzlerin die Ministerpräsidenten der Länder nach zwei mehr oder weniger ergebnislosen „Gipfeltreffen“ schon zum dritten Mal zu einem so genannten „Bildungsgipfel“ eingeladen. Wir fordern von der Bundesregierung, endlich Nägel mit Köpfen zu machen, statt den Kinderbetreuungsausbau zu vernachlässigen und auf dubiose „Bildungsbündnisse“ zu vertrauen. Konkret bedeutet das, beim Bildungsgipfel gemeinsam mit den Ländern konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur vor Ort zu vereinbaren und eine echte Nationale Initiative gegen Bildungsarmut anzustoßen.

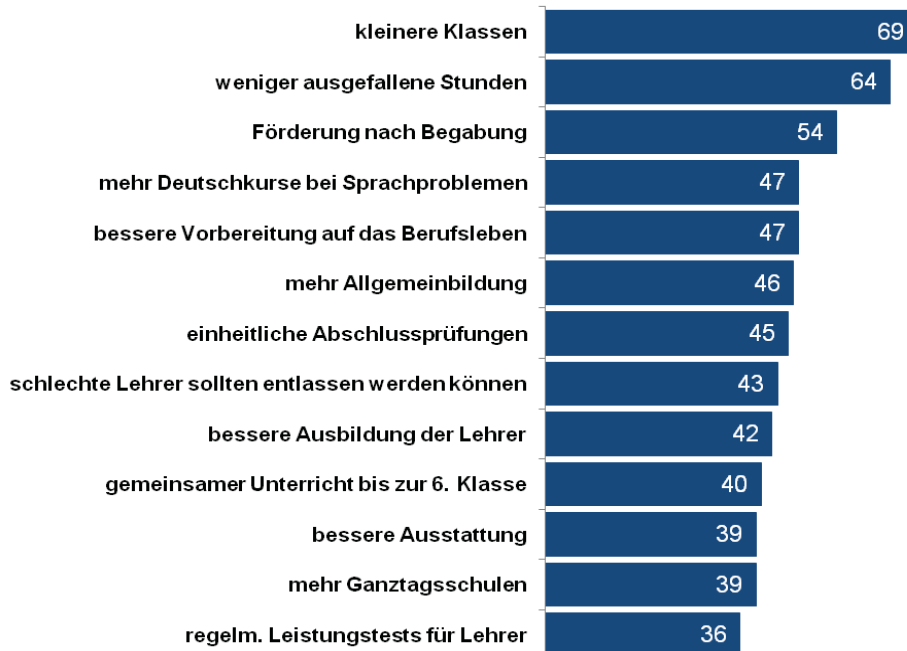
Die Bundesbildungsministerin verbrennt teures Geld in unsinnigen Einzelprojekten, die keinen nachhaltigen Beitrag für bessere Bildung leisten. Echte Fortschritte wären dagegen nur durch verbindliche Bund-Länder-Vereinbarungen zur Stärkung der Bildungsinfrastrukturen zu erreichen. Wir müssen endlich zu konkreten Ergebnissen kommen:

- für weiteren Ausbau und einheitliche Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung
- für den flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulangebote
- für eine bessere Personalausstattung von Kitas, Kindergärten und Schulen
- für eine Fachkräfteoffensive bei Erzieherinnen und Erziehern
- für Gebührenfreiheit von Anfang an
- für ein kostenloses warmes Mittagessen an allen Kitas und Schulen, für Lehrmittelfreiheit und kostenlosen Förderunterricht überall sowie für flächendeckende Schulsozialarbeit.

Vor allem muss das Versprechen von Dresden gehalten werden, dass die zusätzlichen Mittel auch wirklich in der Bildung ankommen. Die Steuersenkungspläne der Koalition gefährden das.

## Was die Eltern wollen

So viel Prozent der Eltern von Schulkindern sehen hier Verbesserungsbedarf



Quelle: Allensbach 2010

## Schwarz-Gelb ignoriert Ausbildungsplatzlücke

Im Einklang mit den Wirtschaftsverbänden gibt die Koalition Entwarnung auf dem Ausbildungsmarkt: Die Wirtschaftskrise wirke sich kaum aus und infolge der demographiebedingt sinkenden Nachfrage seien nicht länger fehlende Ausbildungsplätze, sondern ausschließlich fehlende Jugendliche das eigentliche Problem. Diese Bewertung ist faktisch unhaltbar und politisch ein Offenbarungseid. Fakt ist:

- Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist 2009 um 50.300 eingebrochen.
- Am Ende des Vermittlungsjahres (30.09.2009) wies die BA-Statistik immer noch 83.000 junge Menschen aus, die zwar als (irgendwie) „versorgt“ gelten, aber ihren Ausbildungswunsch weiter aufrechterhielten.
- Nur 47 % der Bewerberinnen und Bewerber, die 2009 über die BA einen Ausbildungsplatz suchten, wurden erfolgreich in Ausbildung vermittelt. Rund 180.000 gelten als „irgendwie“ versorgt. Über den Verbleib weiterer rund 96.000 weiß die BA gar nichts.



Das bedeutet: Die rechnerisch abnehmende Lücke zwischen offiziell „unversorgten“ Ausbildungsplatzsuchenden und noch offenen Ausbildungsstellen verschleiert das tatsächliche Defizit an Ausbildungsplätzen.

Hinzu kommt:

- Weiterhin werden tausende junge Menschen als vermeintlich „nicht ausbildungsreif“ in Warteschleifen des Übergangssystems geschickt (Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundschuljahr usw.), oft gehen sie gar nicht erst in die BA-Statistik ein, weil die BA ihnen sogar den Bewerberstatus verweigert. Allein in 2009 verzeichnet die BA rund 122.000 Neuzugänge in Warteschleifen, vor allem in berufsvorbereitenden Maßnahmen.
- Immer noch sind über 40 Prozent der Ausbildungssuchenden so genannte „Altbewerber“, d. h. sie haben sich bereits mindestens ein Jahr lang um einen Ausbildungsplatz bemüht und keinen gefunden. Viele von ihnen geben nach jahrlanger, vergeblicher Suche auf.
- Die Folge ist: Rund 1,5 Mio. junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren haben gar keinen Berufsabschluss und drohen von der Gesellschaft vergessen zu werden.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Ausbildungsmarkt sind noch nicht ausgestanden. 2010 wird mit einem weiteren Rückgang des Ausbildungsangebots gerechnet. Auch die anstehenden „doppelten Abiturjahrgänge“ erzeugen Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt. Im Ergebnis wird in dieser Legislaturperiode nicht mit einer Entspannung der Lage am Ausbildungsmarkt zu rechnen sein. Deshalb brauchen wir dreierlei:

- mehr Engagement, um alle Jugendliche frühzeitig fit für die Ausbildung zu machen,
- mehr Engagement, um mehr betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen,
- mehr Engagement, um Geringqualifizierten zweite und dritte Chancen zur nachholenden Qualifizierung zu geben.

Schwarz-Gelb überlässt die Ausbildungschancen der jungen Menschen der (schlechten) Konjunkturlage. Die SPD fordert einen Rechtsanspruch auf Ausbildung durch staatliche Förderung für alle, die innerhalb der ersten drei Jahre nach der Schule keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.

## **Bologna-Reform: Versäumnisse holen Union wieder ein**

Die studentischen Bildungsproteste seit 2009 haben den Fokus auch auf die bisher unzulängliche Umsetzung der Bologna-Reformen gelenkt. Die schrittweise Einführung des gestuften Bachelor/Master-Abschlusssystemes sowie eines Leistungspunktesystems (ECTS-Punkte) sollte Studienzeiten verkürzen, Studienabbrüche verhindern und die Mobilität der Studierenden erleichtern. Alle drei Ziele sind in Deutschland bisher nicht oder nur unzureichend erreicht worden. Die Studierenden kritisieren vielmehr den zunehmenden Zeit-, Prüfungs- und Leistungsdruck in den Studiengängen, der die Studierbarkeit gefährdet und Auslandsaufenthalte faktisch ausschließt. Dazu kommen schlechte Studienbedingungen in der Lehre infolge der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat schon im vergangenen Jahr einen Studienpakt von Bund und Ländern im Umfang von mindestens einer Mrd. Euro pro Jahr gefordert, um schnell zu reagieren und die Qualität von Studium und Lehre an den Hochschulen zu sichern. Auch die Länder und Hochschulen machen sich langsam an einige notwendige Korrekturen.

Anders die „Spitzenkräfte“ der Koalition: Bundesministerin Schavan hat erst mal abgewartet und die Bologna-Kritiker als „ewig gestrig“ kritisiert. Erst auf Drängen der Hochschulen und der SPD hat sie für den 17. Mai 2010 zu einem „Bologna-Kongress“ geladen – mit über einem halben Jahr Verspätung. Schavan hat unseren Vorschlag aufgegriffen und will mit den Ländern über eine Erweiterung des Hochschulpaktes für die Lehre verhandeln – endlich.

Nicht anders der NRW-Minister Pinkwart (FDP), der stets nur die „Unsachlichkeit“ der Kritiker monierte und es im Übrigen bei Appellen an die Hochschulen beließ. Mehr konnte er auch nicht, da er mit seinem „Hochschulfreiheitsgesetz“ dem Land alle Werkzeuge aus der Hand geschlagen hat, mit denen es eine flexiblere BA/MA-Umsetzung oder einfach mehr Lehrpersonal an den Hochschulen hätte bewirken können.

Und noch eines: Die Bologna-Reformen waren und sind ein gemeinsames Vorhaben von Bund, Ländern und Hochschulen. Versuche von Schwarz-Gelb, die eigene Verantwortung für die Bologna-Reformen zu leugnen, sind glatte

Geschichtsfälschung. Jürgen Rüttgers war es, der als Bundesminister 1998 die Sorbonne-Erklärung unterschrieben und die Abschlüsse Bachelor und Master in das Hochschulrahmengesetz geschrieben hat. Die baden-württembergische Landesministerin Schavan gehörte 1999 der Kultusministerkonferenz an, die die Bologna-Erklärung mit unterzeichnet hat. Eine von der SPD geforderte stärkere Begleitung und Unterstützung der Reformen durch den Bund ist damals an den unionsregierten Ländern gescheitert. Roland Koch klagte sogar beim Bundesverfassungsgericht, um eine indirekte Bologna-Unterstützung des Bundes für die Hochschulen zu verhindern. Fakt ist also: Die CDU hat Bologna zuerst halbherzig aufgegriffen und dann einen Erfolg der Reform untergraben. Dieses politische Versagen holt die Union heute wieder ein.

### **Hochschulpakt: NRW hinkt hinterher, Hessen kürzt Mittel**

Die Studierendenzahlen in Deutschland steigen seit 1998 – von rund 1,7 Mio. auf 2,2 Mio. in 2009/10. Die Studienanfängerquote stieg auf rund 43 % in 2009. In den nächsten Jahren verlassen Doppelabiturjahrgänge die Schule, die einen sprunghaften Anstieg der Nachfrage nach Studienplätzen mit sich bringen. Bund und Länder haben mit dem Hochschulpakt eine gemeinsame Antwort gegeben und werden bis 2015 in zwei Phasen insgesamt rund 365.000 zusätzliche Studienanfänger gemeinsam finanzieren (+91.000 von 2006-2010, weitere +275.000 von 2011-2015). Allein der Bund wird hierfür rund 4 Mrd. Euro aufwenden. Diesen Hochschulpakt hat die SPD möglich gemacht: In der Föderalismusreform 2006 waren wir es, die mit dem neuen Art. 91b GG die verfassungsrechtliche Grundlage des Paktes erst ins Grundgesetz geschrieben und gegen die Union durchgesetzt haben.

Der Pakt läuft sehr erfolgreich: Die Ausbauziele sind mit bisher rund 102.000 zusätzlichen Studienanfängern bereits jetzt übererfüllt. Allerdings ist die Geschwindigkeit in den Aufbauländern sehr unterschiedlich: **Rheinland-Pfalz** hat sein Soll bereits mit 128 % übererfüllt, auch die meisten anderen Länder erreichen zwischen 70 und 90 Prozent ihrer zugesagten Ausbauziele.

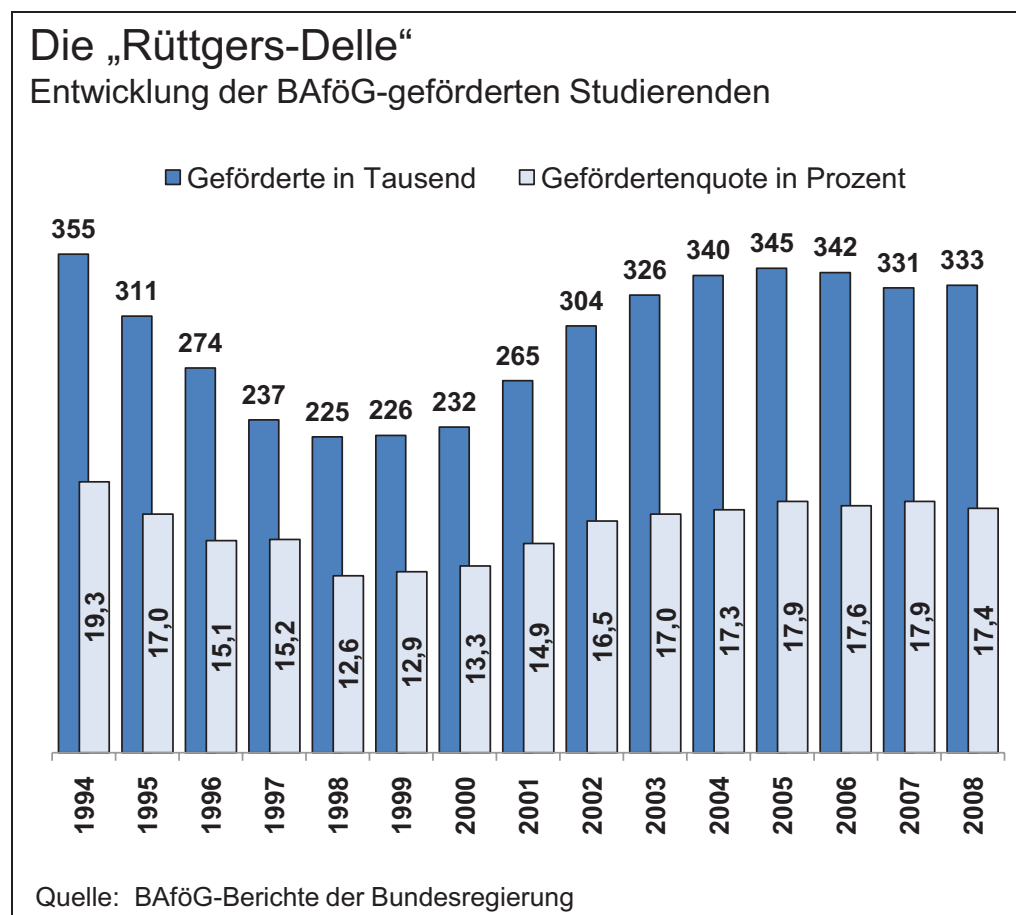
Das schwarz-gelb regierte **NRW** ist auch hier Schlusslicht: Rüttgers und Pinkwart liegen mit 42 % weit abgeschlagen am Ende der Tabelle. Mit gerade mal 11.000

zusätzlichen Plätzen hat das Flächenland NRW kaum mehr Kapazität neu geschaffen als Berlin (+10.200). Übrigens: Berlin tat dies, ohne dazu verpflichtet zu sein.

Das schwarz-gelb regierte **Hessen** hat sogar angekündigt, die Mittel für die Hochschulen um 30 Mio. Euro zu kürzen, obwohl natürlich auch Hessen durch den Hochschulpakt zusätzliches Geld vom Bund bekommt. Das geht direkt zu Lasten der Studierenden und des künftigen Fachkräfteangebots in Deutschland.

### BAföG steigt – „Rüttgers-Delle“ ausgewetzt

Die SPD hat das BAföG bei Regierungsantritt im Bund 1998 aus der Versenkung geholt, in die es der damalige Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers fallen gelassen hatte. Wir haben es wieder zu einem modernen, leistungsfähigen Förderinstrument gemacht.



Zur Erinnerung: Die Regierung Kohl hatte das BAföG der schleichenden Auszehrung ausgesetzt. Die vom vormaligen selbst ernannten CDU-„Zukunftsminister“ Rüttgers zu verantwortenden Tiefststände sowohl bei der Zahl der Geförderten (225.000 Studierende), bei der Förderquote (12,6 % aller Studierenden) als auch bei den Bundesmitteln für das BAföG (780 Mio. Euro) sind heute glücklicherweise Geschichte. Auch der neueste BAföG-Bericht belegt den Aufwärtstrend 2008 (gegenüber 1998) mit rund 333.000 geförderten Studierenden (+48 %) und einer Förderquote von 17,4 % an allen Studierenden. Dank der von der SPD durchgesetzten großen BAföG-Erhöhung 2007/08 (+10 % Bedarfssätze und +8 % Freibeträge) werden diese Werte weiter steigen. Der Bund wird in 2010 voraussichtlich rund 2 Mrd. Euro für BAföG aufwenden (1,38 Mrd. Zuschüsse und rund 625 Mio. Euro Darlehensanteil). Auch die druckfrische 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks belegt, dass die BAföG-Reform wirkt und die Studierenden auch erreicht. Die Zahl der geförderten Schüler konnte ebenfalls von 1998 bis 2008 um über 65 % auf 192.000 gesteigert werden.

Die schwarz-gelbe Koalition hat zur Kaschierung ihrer Privatisierungspläne und Klientelpolitik eine symbolische Alibi-Erhöhung beim BAföG um 2 % der Bedarfssätze und 3 % der Freibeträge angekündigt. Diese Erhöhung fällt mit durchschnittlich 8 Euro mehr als bescheiden aus. Es reicht noch nicht einmal, den Kaufkraftverlust durch Inflation auszugleichen.

Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion eine Steigerung der Bedarfssätze um mindestens 3 % und der Freibeträge um mindestens 10 %. Nur so erreicht die Förderung die Mittelschichten und lässt deren Kinder nicht mit Studiengebühren, vagen Stipendien-Chancen oder teuren Kreditangeboten allein, wie es sich Schwarz-Gelb vorstellt.

## **Stipendien: Pinkwart-Flop nun für ganz Deutschland**

CDU-Ministerin Schavan und FDP-Landesminister Pinkwart haben ein Stipendienprogramm entwickelt, das vom Versagen beim BAföG ablenken soll. Schavan gibt als Begründung für ihren Gesetzentwurf zu einem „nationalen Stipendienprogramm“ an, dass Deutschland bei privaten Studienfinanzierungen im OECD-Vergleich Nachholbedarf habe (OECD-Durchschnitt 27,4 %, Deutschland hier 15,0 %). Das ist falsch und irreführend, weil sie den öffentlichen Anteil unterschlägt: denn bis auf Japan, Korea, USA und eben Australien setzen alle anderen Staaten so wie Deutschland auch auf einen hohen öffentlichen Finanzierungsanteil (Deutschland 85 %, Frankreich 83,7 %, Schweden 89,1 %, Belgien 90,6 %, Finnland 95 % usw., OECD-Durchschnitt 72,6 %). Wer den Systemwechsel zu einer stärker privaten Studienfinanzierung will, soll das auch so sagen. Wir wollen das nicht. Ziel des Gesetzentwurfs von Schavan ist es, stufenweise ein Stipendienangebot für 8 % der Studierenden zu schaffen. Es soll zu je 25 % von Bund und Ländern sowie zu 50 % aus privaten Mitteln finanziert werden, rund 300 Euro im Monat betragen und von den Hochschulen vergeben werden. Im Vollausbau soll das Programm rund 160.000 Stipendien jährlich umfassen und Bund und Länder je 150 Mio. Euro im Jahr kosten. Als private Mittelgeber sind vor allem Wirtschaftsunternehmen oder Ehemalige der Hochschulen vorgesehen. Die Hochschulen sollen dabei die gesamte Abwicklung und Verwaltung – von der Mittelaquise, Auswahl und Betreuung der Stipendiaten bis zur operativen Durchführung – auf eigenen Kosten organisieren. Das Problem ist nur: Ein solches Modell hat Minister Pinkwart bereits in NRW ausprobiert – und ist gescheitert. Bei rund 500.000 Studierenden in NRW konnte Pinkwart mit rund 1.400 Stipendien nicht einmal 0,3 % der Studierenden erreichen. Und die Hochschulen klagen über einen enorm hohen Verwaltungsaufwand von bis zu zwei Vollzeitstellen. Und dieser NRW-Flop soll nun deutschlandweit eingeführt werden? Und das, obwohl weder die Länder noch die Hochschulen oder die meisten Studierenden dieses bürokratische Stipendienmonster wollen? Auch die Wirtschaftsverbände wie der BDI warnen vor zu großen Hoffnungen in die Unternehmen und kritisieren öffentlich die geplante Bürokratie. Selbst der konservative Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) kritisiert: „Man muss

nicht jeden Quatsch mitmachen, nur weil er vom Koalitionspartner vorgeschlagen wird.“ Fazit: Niemand außer Schavan und Pinkwart wollen dieses Gesetz.

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt den Gesetzentwurf ab, weil er keine zusätzliche Studiermotivation schafft und soziale Ungleichheit sogar verfestigt. Studien belegen, dass nur 10 % der Stipendienempfänger aus bildungsfernen, aber rund 70 % aus bildungsnahen Schichten stammen. Ein Stipendiensystem ist und bleibt Klientelpolitik für Besserverdienende. Zudem ignoriert das Gesetz die regional sehr unterschiedliche Wirtschaftskraft, benachteiligt damit insbesondere die neuen Länder und überfordert die Hochschulen sachlich wie finanziell. Mit dem Gesetz werden den Hochschulen neue Aufgaben zugewiesen, letztlich aber unnötige und ineffiziente Doppelstrukturen zu den bestehenden und fachlich im Stipendienwesen bewährten zivilgesellschaftlichen Förderwerken geschaffen. Außerdem ist der Bund bereits der größte Stipendienfinanzierer in Deutschland und ermöglicht bereits rund 40.000 Stipendien Jahr für Jahr. Kurz: niemand braucht das Gesetz, niemand will das Gesetz. Die Anhörung zum Gesetzentwurf am 9. Juni 2010 wird die eklatanten Defizite ans Licht und Schavan in Erklärungsnot bringen.